

EDITORIAL

Liebe Buchfreundinnen und -freunde!

Anlässlich ihrer Dankesrede zur Verleihung des spanischen Premio Carlos V. wünschte sich die Preisträgerin und damalige Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel Folgendes: „Ein souveränes, innovatives und handlungsfähiges Europa – das brauchen wir, damit wir unsere Werte und Interessen in der Welt behaupten können. Denn unser Wertefundament ist die Basis unserer Glaubwürdigkeit, um gegenüber anderen Staaten auch wirklich Wirkungsmacht entfalten zu können. Unsere Werte sind Anziehungspunkt und Teil unserer Strahlkraft in der Welt. Die Europäische Union steht dafür, dass Zusammenarbeit, Respekt und Toleranz zu Frieden, Freiheit und Wohlstand führen.“ Das sei jedoch keine Selbstverständlichkeit, aber „in einer Zeit, in der der Multilateralismus unter Druck gerät und alte Konflikte aufzubrechen drohen, ist diese Botschaft wichtiger denn je. [...] Was geschieht, wenn Europa nicht oder nur unzureichend mit einer Stimme spricht, das sehen wir nicht zuletzt in der Migrationsfrage. [...] Das gilt auch bei weiteren Themen – beim Klimaschutz, in der Außen- und Sicherheitspolitik. Es gilt bei allem Bemühen, die Globalisierung im Sinne unserer Werte und Interessen zu gestalten.“

Angela Merkel verwies also zum einen auf das „Erfolgsmodell“ Europäische Union, so wie es sich seit Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957 entwickelt hat, mit einer Integrationstiefe, von der die Gründerväter des Integrationsprozesses Anfang der 1950er Jahre nur träumen konnten. Diesem Erfolgsmodell verdanken wir nunmehr 80 Jahre Frieden im integrierten Europa. Wir verdanken ihm aber genauso wirtschaftlichen Wohlstand, den Binnenmarkt mit seinen Freiheiten, den Schengen-Raum (auch wenn dieser im Moment leider nicht so funktioniert, wie er funktionieren sollte), den Euro und vieles andere mehr.

Andererseits können wir nicht übersehen, dass dieses Erfolgsmodell seit einiger Zeit unter erheblichem Druck steht. Populistische Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums gewinnen vielerorts in Europa an Einfluss, leider nur allzu oft mit Hilfe ihrer dezidiert Europa-skeptischen oder sogar antieuropäischen Rhetorik. Warum, so fragt man sich, sind diese Populisten so erfolgreich, trotz der offensichtlichen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses. Ist es die – sagen wir mal – Unterkomplexität ihrer Argumentation? Alles Schlechte kommt aus Brüssel? Natürlich nicht! Und wird wirklich alles gut, wenn der Nationalstaat wieder im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns steht? „Take back control“ – dieser

Slogan der Brexiteers schien bei vielen gerade älteren Engländern auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, als sie gegen den Verbleib des UK in der EU votierten. Doch Kontrolle über wen oder was? Vermutlich ging es dabei auch um die Frage einer besseren Grenzkontrolle. Freilich sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass das Vereinigte Königreich niemals dem Schengen-Raum angehört hat und Reisende aus der EU sich bei der Ankunft im UK stets ausweisen mussten. Vor dem Brexit genügte der Personalausweis, heute muss ein Reisepass präsentiert werden, dafür dauert die Abfertigung nun wesentlich länger.

Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, dass das Migrationsproblem europaweit die Menschen besorgt und besonders den Rechtspopulisten neue Wähler beschert. Die neu gewählte Regierung Merz in Deutschland hat sich daher dazu entschlossen, zu Grenzkontrollen zurückzukehren – jedenfalls an 53 Grenzübergängen. Inwieweit das bei etwa 4000 Kilometern bundesdeutscher Außengrenzen zu einer signifikanten Verbesserung der inneren Sicherheit führt, bleibt abzuwarten. Neueste Umfragen zeigen allerdings schon jetzt einen Popularitätsgewinn der Christdemokraten bei gleichzeitigem Zustimmungsverlust der Rechtspopulisten.

Da diese Grenzkontrollen jedoch im Widerspruch zu den Regelungen im Schengen-Raum stehen, liegt es auf der Hand, dass die Migrationsproblematik auf Dauer nicht auf der nationalen, sondern nur auf der europäischen Ebene gelöst werden kann. Der Schlüssel liegt also in Brüssel, wo Mittel und Wege gefunden werden müssen, um zum einen die europäischen Außengrenzen besser zu schützen und zum anderen Verfahrensweisen zu entwickeln, mit deren Hilfe eine geregelte Migration in die EU sichergestellt wird. Denn dass wir Menschen in die EU bringen müssen, die hier arbeiten und Steuern zahlen, sollte angesichts der Überalterung der europäischen Gesellschaft jedem klar sein.

Es sei noch weiterer Kritikpunkt erwähnt, der oft von Euroskeptikern angebracht wird: Europa mische sich zu sehr in das Alltagsleben seiner Bürgerinnen und Bürger ein. Ich denke, dass diese Kritik nicht ganz unberechtigt ist, und darf in diesem Zusammenhang an das Subsidiaritätsprinzip erinnern, das ein wesentliches Kernelement des frühen Integrationsprozesses war, nämlich die Dinge dort zu regeln, wo sie am besten geregelt werden können. Doch gerade die globalen politischen Entwicklungen der letzten Monate und Jahre haben eines gezeigt: Eine deutliche Vertiefung der europäischen politischen Strukturen ist auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwingend geboten. Angesichts der erratischen Politik des neuen US-Präsidenten, des chinesischen Strebens nach Hegemonie und der russischen imperialistischen Bestrebungen sollte eigentlich auch dem letzten Europäer klar geworden sein, dass ein einfaches „weiter so“ nicht mehr genügt!

Insofern plädiere ich schon seit langem für die Umwandlung der EU in eine Drei-Stufen-Gemeinschaft. Im Zentrum sollte eine „Kooperation der Willigen“ stehen, mithin eine Gruppe von Mitgliedstaaten, die bereit dazu sind, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu vergemeinschaften. In dieser Gruppe sollten ausschließlich Mehrheitsentscheidungen verbindlich sein. Um dieses Zentrum herum könnten weitere Staaten gruppiert werden, die primär an wirtschaftlicher Kooperation interessiert sind. Diese würden dann die Wirtschafts- und Währungsunion bilden. Und die dritte

Gruppe bestünde aus Staaten, die durch bestimmte Verträge an die Union gebunden sind. Doch bis dahin ist es trotz aller akuten Handlungszwänge vermutlich noch ein längerer Weg.

Bleiben Sie zuversichtlich!

Herzlichst
Ihr
Jürgen Ewert

